

Herr Dr. Schartmann erläutert zu Beginn der Diskussion, dass die heutige Fachtagung auf Wunsch der politischen Vertretung des LVR als gemeinsame Sondersitzung der LVR-Ausschüsse Soziales, Heilpädagogische Hilfen und Inklusion stattfindet. Daher bittet er die Vorsitzenden der drei Ausschüsse, ihre politischen Schlussfolgerungen und nächste konkrete Schritte darzustellen.

Frau Zsack-Möllmann (Vorsitzende Sozialausschuss) berichtet, dass sie, auch aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit, den großen Wunsch der Menschen mit Behinderung wahrgenommen hat, so lange wie möglich auch im Alter in der bestehenden Wohnumgebung wohnen zu bleiben. Dabei erwähnt sie auch den Mangel an inklusiven, bezahlbaren Wohnangeboten für die Menschen mit Behinderung. Sie betont, dass es dazu keine altersgerechte, sondern inklusive Wohngebiete und Quartiere erfordert. Menschen mit einer Behinderung möchten gerne am nachbarschaftlichen Leben teilhaben und nicht in einer geschlossenen Gesellschaft leben. Ziel muß daher sein, die Komplexeinrichtungen aufzulösen und ein gemischtes Wohnumfeld zu schaffen, so dass ein Wohnen im Quartier möglich wird. Außerdem spricht sie die Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege an. Verwaltung und Pflegekassen müssen eine optimale Versorgung der Menschen mit Behinderung sicherstellen.

Herr Rohde (Vorsitzender Ausschuss für den Verbund Heilpädagogischer Hilfen) betont ebenso wie Frau Zsack-Möllmann, dass in der heutigen Zeit Inklusion als gemeinschaftliche Aufgabe zu sehen ist. Es gelte dabei, den Wunsch der Menschen mit Behinderung an aktiver Freizeit, Teilhabe am Gemeindeleben und dem Aufbau individueller sozialer Kontakte zu fördern. Der Vortrag im Workshop II habe deutlich gemacht, dass vor Ort schon viel geschehe. Auch der Quartiersgedanke müsse gefördert werden. Inklusives Wohnverhältnisse zu schaffen scheitert aber immer noch daran, die passenden Wohnungen zu finden. Gerade für älter werdende Menschen mit Behinderung werden deren zukünftige Wohnansprüche nicht hinreichend berücksichtigt. Der normale Wohnungsmarkt halte hierfür nicht genügend Angebote bereit. Der Quartiersgedanke könne auch die Heilpädagogischen Heime mit einbeziehen.

Herr Wörmann (Vorsitzender Ausschuss für Inklusion) erläutert, dass der Ausschuss für Inklusion zusammen mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte tagt. Das bedeutet, dass Menschen mit Behinderung mit Politik und Verwaltung diskutieren und mitreden können bei Sachverhalten, die ihnen wichtig sind. Zudem hält er den personenzentrierten Ansatz für sehr wichtig. Dabei muß allen Menschen mit Behinderung, auch alten Menschen, eine Betreuung in einem ambulanten Setting möglich sein. Dabei muß man den Menschen mit Behinderung sowohl die personelle als auch die finanzielle Möglichkeit geben, an allen Angeboten in einem Quartier teilzunehmen. Für die Politik sieht er die Aufgabe, die fachliche Verantwortung landesweit einheitlich in die Hände der Landschaftsverbände zu legen.

Herr Dr. Schartmann bedankt sich bei allen Beteiligten für die angeregte Diskussion und betont, dass heute ein guter Grundstein für die weitere Arbeit von Politik und Verwaltung gelegt wurde. Deutlich wurde vor allem, dass für älter werdende Menschen mit Behinderungen dasselbe gilt, wie für den Rest der älter werdenden Gesellschaft. Ein eigenständiges Leben in gewohnter Umgebung hat für alle Priorität. Dafür wird jedoch ein hohes Maß an Unterstützungsangeboten vor Ort benötigt. In diesem Sinne werden flexible und gemeinsame Wege von Leistungsträgern und Anbietern im Sinne der Sozialraumorientierung und Quartiersentwicklung gefordert. Herr Dr. Schartmann bedankt sich bei den Referentinnen und Referenten, die sehr beeindruckende und sehr unterschiedliche Impulse gesetzt haben und wünscht allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine gute Heimreise.